

50 Jahre Europäische Union – 15 Jahre Russische Föderation: Partner und Rivalen – der Zukunft verpflichtet

Berliner Colloquium 2007 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Werner Baach

Teil I: Russland und die Europäische Union – eine strategische Partnerschaft?

»Die Europäische Union und Russland: Partner und Rivalen – der Zukunft verpflichtet«, lautete das Generalthema des Berliner Colloquiums 2007. Zu der Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik begrüßten deren Präsidenten, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen und Dr. Rudolf Adam, über dreihundert Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Presse.

Sicherheit miteinander, nicht gegeneinander

Die Entwicklungen in Russland und die Gestaltung des Verhältnisses der wieder erstarkten Großmacht zu ihren Nachbarn in Europa, zur EU und zu den USA waren das zweite Hauptthema des Colloquiums. »Wir brauchen einander.« Auf diese knappe Formel brachte der Ehrengast der Veranstaltung, Deutschlands Botschafter in Moskau, **Dr. Walter Jürgen Schmid**, seine Sicht des Themas. Zwar spalte Russ-

land immer wieder die Geister, aber er sehe keine grundsätzliche Rivalität zwischen der EU und Russland. Im Gegenteil, beide könnten einander in vielen Bereichen »in strategischer Partnerschaft« ergänzen. Auf dem Weg dorthin sieht der Botschafter Russland aber noch vor schwierigen Problemen: Das Land sei mitten in einem Transformationsprozess, bei dem »erhebliche Fehlleistungen« der Vergangenheit aufzuarbeiten seien; das gelte u.a. für die Bereiche Menschenrechte, Demokratieentwicklung, Pressefreiheit und staatliche Gewaltanwendung. Auf längere Sicht könne Russland Stabilität und Bestand nur dann erlangen, wenn es Rechtsstaatlichkeit und demokratische Entwicklung vorantreibe. Die EU müsse an einer solchen Entwicklung großes Interesse haben, damit die nachbarschaftlichen Beziehungen von Bestand sein könnten. Andererseits aber müsse die Union in ihrer Perzeption Russlands gelegentlich auch eine andere Sichtweise und mehr Verständnis aufbringen. Das gelte u.a. in der aktuellen Frage der geplanten amerikanischen Raketenabwehr, die aus russischer Sicht den Grundgedanken der »Sicherheit miteinander, nicht gegeneinander« in der Ära nach dem Kalten Krieg verletze und das Potenzial habe, das Verhältnis der Nuklearmächte zueinander zu destabilisieren. Insgesamt aber sieht Botschafter Dr. Schmid die Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen von EU und Russland auf einem guten Weg,



Deutschlands Botschafter in Moskau, Dr. Walter Jürgen Schmid, Ehrengast des Colloquiums: »Die EU und Russland brauchen einander.«

Fotos: Standortkommando Berlin

wenngleich auf diesem Weg immer wieder die Frage geprüft und beantwortet werden müsse, ob es »voran oder nicht doch in eine falsche Richtung geht«.

Russland: Strategische Partnerschaft muss elementarer Bestandteil der neuen Weltordnung bleiben

Die Rede des russischen Präsidenten Putin auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar habe manchem Sicherheitsexperten ein neues Spielfeld eröffnet, so **Alexander Rahr**, Programmdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). (Siehe den vollen Wortlaut der Rede unter www.clausewitz-gesellschaft.de) Endlich sei es wieder da – das neue und alte Feindbild. Siebzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion spalte Russland den Westen. Die westlichen Staaten hätten mit Blick auf Russland unterschiedliche Wahrnehmungen. Für die USA sei Russland heute eindeutig ein Rivale, der danach trachte, seine verlorene Einflussosphäre auf dem postsowjetischen Territorium wieder aufzubauen. Washington stelle sich auf eine neue Konfrontation ein, und die Wiederkehr einer undemokratischen Großmacht Russland auf die weltpolitische Bühne, die ihre Energieressourcen als »Waffe« einsetzen würde, müsse mit aller Macht verhindert werden. Für die meisten Staaten der EU sei Russland ein neuer Konkurrent, aber gleichzeitig ein strategischer Partner. In den Hauptstädten des alten Westeuropas sehe man die Entwicklung gelassener, profitiere von den lukrativen Gewinnmöglichkeiten auf dem russischen Markt und äußere gewisses Verständnis für Putins autoritären Führungsstil, der notwendig sei, um Russland im Innern stabil zu halten. Ein erneuter Zerfall des Landes werde in der EU als Schreckensszenario betrachtet. Einige neue Mitgliedstaaten in EU und NATO aber, allen voran Polen, erblickten, ähnlich wie konservative Kreise in Amerika, in Russland einen neuen Gegner und Rivalen. Deshalb vor allem wollten Polen und Tschechien das amerikanische Raketenabwehrsystem unbedingt auf ihren Territorien stationieren, weil sie dann eine weitere Rückversicherung im Falle einer russischen Aggression hätten. Russland andererseits versuche, das aus seiner Position einzig Richtige zu tun: den Westen zu spalten.

Alexander Rahr analysierte die schwierige Entwicklung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion. Das Riesennetz befinde sich noch immer in einem schwierigen Transformationsprozess. Offensichtlich sei die Komplexität dieses dreifachen Prozesses – von einer Diktatur zur Demokratie, von Planwirtschaft zur Marktwirtschaft sowie vom Imperium zu einem normalen Staat – in Russland und im Ausland unterschätzt worden. Ende der neunziger Jahre sei das westlich orientierte liberale Modell gescheitert. 1999 sei dann ein historischer Paradigmenwechsel erfolgt: »Mit dem Machwechsel von Jelzin zu Putin entstand ein breiter gesellschaftspolitischer Konsens, der bis heute anhält. Die Demokraten verloren in Russland jegliches Ansehen. Die Idee einer unbedingten Stabilität errang in der russischen Elite und Ge-

nerschaft zum Westen definieren könnte, und man versuche aus diesem Grund, »Russland in das Rahmenwerk der neunziger Jahre zurückzupressen«. Wichtig wäre es aber eher, dem Land ein neues, weit reichendes Angebot zur Partnerschaft zu unterbreiten, schon weil die EU auch weiterhin Gas und Öl aus Russland beziehen müsse. Die derzeitige polnische Blockade der Verhandlungen über die Verlängerung und Neuformulierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland schade Europa insgesamt. Warum, fragte der Vortragende, kann man dem Produzentenland Russland nicht Zugeständnisse machen und eine neue Energiecharta entwerfen, in der die Interessen der Exportländer, Konsumenten und Transitländer gleichmäßiger verteilt werden?

tionsprozessen, die es selbst bisher nicht definiert hat. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen muss elementarer Bestandteil der neuen Weltordnung bleiben.«

Welche Zukunftsperspektive gebe es, fragte der Vortragende zum Schluss? Wo werde Russland letztendlich ankommen? In einer Demokratie oder einer Diktatur? In Europa oder in Asien? Kommt es zu einem neuen Kalten Krieg, diesmal um Rohstoffe – falls Russland eine neoimperialistische Energieaußenpolitik betreibt? Oder werden EU und Russland – wie es Putin vor einem halben Jahrzehnt im Berliner Reichstag vorgeschlagen hatte – ein Bündnis schließen, um die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Gesamteuropa steht, gemeinsam zu meistern? Fragen über Fragen, auf die Alexander Rahr vorsichtige Antworten formulierte: »Kann Russland seine Wirtschaft erfolgreich reformieren, so werden sich auch die demokratischen Strukturen verfestigen. Ein neuerlicher wirtschaftlicher Zusammenbruch, der zu einer Verschlechterung der sozial-wirtschaftlichen Lage führen würde, könnte zu einem Stillstand im Reformprozess führen und restaurativen Kräften Aufwind verleihen.« Von vier möglichen Entwicklungsoptionen – Demokratisierung und Ankoppelung an den Westen, Demokratisierung nur in Teilbereichen, ansonsten Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft mit der Politik der »harten Hand«, Kriminalisierung der Staatsmacht und Entwicklung zu einem Mafiastaat, totalitäre Regierungsform und Hinwendung zum Faschismus – hält er die Fortsetzung einer Modernisierungspolitik des »Systems Putin« durch ein ständiges Lavieren zwischen autoritärem Führungsstil und Demokratisierung in Teilbereichen, wie oben beschrieben, für am wahrscheinlichsten.



Das Plenum des Berliner Colloquiums 2007 beteiligte sich intensiv an der Diskussion.

sellschaft einen viel höheren Stellenwert als der Begriff Freiheit. Große Zustimmung erhielt Putin für die Zerschlagung des Oligarchen-Systems und die Wiederherstellung des Ordnungsstaates. Putin gab den nach dem Staatszerfall traumatisierten Menschen ihre Würde zurück: Löhne und Renten wurden wieder regelmäßig ausbezahlt, die Auslandsschulden größtenteils beglichen, ein patriotischer Konsens wieder hergestellt.«

Seit 2000 verzeichne Russland einen wirtschaftlichen Aufschwung, mit dem auch das politische Selbstbewusstsein und der Einfluss zurückkehrten. Seit das Land wieder Stärke und Macht projiziere und den Westen spüren lasse, dass die früheren Abhängigkeiten umgekehrt werden könnten, werde das Land wieder als Bedrohung empfunden. In den USA mehrten sich die Stimmen, die russische weltpolitische Ambitionen eindämmen möchten. In der EU Sorge man sich ernsthaft um Energieabhängigkeiten von einem Land, das sich demnächst vielleicht wieder in Geg-

Die von der Bundesregierung vorsichtig begonnene neue Phase der Ostpolitik, wie sie Außenminister Steinmeier vertrete, weise in die richtige Richtung: eine Fortsetzung der erfolgreichen Aussöhnungspolitik des Wandels durch Verflechtung mit Moskau. Am Ende des langen Weges sollte »eine historische Vereinigung Russlands mit Europa« stehen. Denn ein neues politisches Eurasien mit russisch-chinesischer Dominanz, das die EU aus dem zentralen und östlichen postsowjetischen Raum gänzlich verdrängen würde, sei nicht im Interesse Europas. Rahr weiter: »Es wäre unverzeihlich, wenn West- und Osteuropa, zwei Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg, wieder gespalten würden. Es wäre falsch, voreilige Schlüsse über die Unberechenbarkeit Russlands zu ziehen. Russland hat seinen Platz in der Weltordnung nach dem Kalten Krieg noch nicht gefunden, auch ist die eigene Identitätssuche nach fast achtzig Jahren Kommunismus noch nicht abgeschlossen. Russland braucht eine aktivere Rolle bei den europäischen Integra-

Russland und die Europäische Union – Partner und Konkurrenten

»Russland ist ein Bestandteil Europas, der weder aus der europäischen Kultur noch aus der Politik auf dem Kontinent wegzudenken wäre« – mit diesem Satz leitete der Botschafter der Russischen Föderation in Berlin, **Vladimir V. Kotenev**, seine Ausführungen ein, die durch ihre scharfe Sprache und Kritik an den USA und Polen auffielen. Russland sei an einer Zusammenarbeit mit der EU interessiert. Ein neuer Grundlagenvvertrag solle das derzeit noch gültige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ablösen. Das neue Dokument solle »politisch gewichtig und zukunftsweisend« sein. Auf die schwierigen, zurzeit stockenden Verhandlungen eingehend, nannte der Botschafter die Blockade durch Polen eine »Erpressung« und einen Präzedenzfall, der der Europäischen

Union schade und ihre Glaubwürdigkeit in Verruf bringe. Überhaupt beobachte Russland, dass die EU der 27 »einen deutlich kühleren Umgang« mit seinem Land pflege als die EU der 15. Und weiter: »Die Unfähigkeit der EU, über den heutigen Tag hinaus zu blicken, führt in Russland zu einer immer größeren Enttäuschung.« Dennoch, so fügte er einlenkend hinzu, sei die Partnerschaft mit der EU »auf gutem Weg«.

Scharf ging Botschafter Kotenev mit den Raketenabwehrplänen der USA und der Haltung Polens dazu ein. Eine Stationierung werde von seinem Land »als gegen Russland gerichtet« empfunden. Die Pläne stellten auch eine ernste Belastung des Verhältnisses zwischen Russland und Europa dar. Und weiter: »Wir Europäer brauchen keine neuen Raketen in Europa, denn mit der Raketenabwehr werden Fakten geschaffen, die die militärpolitische und außenpolitische US-Strategie für Jahrzehnte im Voraus bestimmen werden. Es geht nun darum, ob wir alle, nicht nur Russland alleine, zu Geiseln der Realisierung eines solchen Szenarios werden müssen. Es sei Zeit für Europa, das Wort zu ergreifen. Russland möchte als Großmacht behandelt und anerkannt werden – so lassen sich die Aussagen Botschafter Kotenev zusammenfassen, ganz im Sinne der Botschaft, die Präsident Putin seit seiner Münchner Rede im Februar die Welt wissen lässt.

Nachdenklich und leise – wie eine andere Tonart als die Ausführungen des russischen Botschafters – waren die Ausführungen von **Dr. Friedrich Wilhelm von Ploetz**, ehemaliger Botschafter Deutschlands in Moskau. Zwei mögliche Szenarien sieht er für die Entwicklung der strategischen Beziehungen zwischen der EU und Russland. In einem »guten« Szenario gelange man zu einer strategischen Partnerschaft. Grundlage könne das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 sein, das »eine sehr klare Zukunftsperspektive« habe, dessen Vertragsinhalte aber entsprechend der seitdem geänderten Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden müssten. Dazu könnten »gemeinsame Räume« hergestellt werden, die für die erweiterte EU und Russland für die Zukunft gleichermaßen wichtig seien: Gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit, der Wirtschaft, der Bildung, der Forschung und der Menschen. Die mögliche Richtung habe Präsident Putin in einem Namensbeitrag in der »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« jüngst gezeigt: »Alles außer



Das Podiumsgespräch zwischen dem russischen Botschafter in Deutschland, Vladimir V. Kotenev, und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Dr. Friedrich Wilhelm von Ploetz, hatte kontrastreiche Akzente. Im Bild von links: Botschafter Kotenev, Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Dr. von Ploetz.

Institutionen«, so Putin, sei in den Beziehungen zwischen EU und Russland möglich. In einem »weniger guten« Szenario, so von Ploetz weiter, bleibe Russland als »eigenes Zentrum strategischer Macht« auf einer gewissen Distanz zur EU. Vergleiche man einmal die Stellung der EU in ihrem Umfeld und die Stellung der Russischen Föderation in ihrem Umfeld, dann habe das Modell, das die EU anbieten könne, eine große Ausstrahlungskraft auf die Nachbarn; das gelte unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung ebenso wie für die dauerhafte Sicherung des Friedens, aber auch hinsichtlich seines Modellcharakters für ein Zusammenleben von großen und kleinen Staaten – kurz: ein Modell, das ausstrahle und attraktiv sei. Das Modell, welches Russland seinen Nachbarn anbieten könne, werde im Vergleich dazu als wenig attraktiv eingestuft. Diese Situation der unterschiedlichen Ausstrahlung und der unterschiedlichen Einschätzung auch der Vergangenheit – der jüngeren wie der älteren – führe dazu, dass beiden Modelle – gut oder schlecht, wie sie entwickelt seien – in dem Raum zwischen der Europäischen Union und Russland miteinander konkurrierten. Auf einen Nenner gebracht, sähen diese Länder als Alternative: Russland oder Europa – eine Betrachtungsweise, die er nicht teile.

Gibt es diese Alternative für Russland? fragte von Ploetz weiter. Die Antwort lautete: »Russland ist Russland. Für Russland lautet die Alternative: Partnerschaft und Zusammenarbeit, aber Russland ist und bleibt ein eigenes Zentrum strategischer Macht.« Das bedeute, dass es unterschiedliche Interessen und mögliche Rivalitäten gebe. Unserem bevorzugtes, angestrebtes Szenario müsse das der Zusammenarbeit sein, »weil jede Alternative für die Verfolgung unserer vitalen Interessen in Sicherheits- und Nichtsicherheitsbereichen schlechter wären. Wenn wir mit Russland zusammenarbeiten, haben wir wesentlich bessere Chancen. Und ich bin

überzeugt, auch Russland hat wesentlich bessere Chancen, mit diesen Bedrohungen fertig zu werden.« Nach seiner Sicht sei man »zur Zusammenarbeit verurteilt«, denn: »Die Interessen beider Seiten, wenn wir sie vernünftig definieren und verstehen, programmieren geradezu die Zusammenarbeit«.

Sicher gebe es unterschiedliche Sichtweisen der Wertegrundlagen, vor allem auch zum Thema Demokratie. Sicher sei vieles in Russland nicht in Ordnung, was übrigens vom Präsidenten anwärts von den Verantwortlichen durchaus auch öffentlich

eingestanden werde. Aber, so formulierte von Ploetz zuspitzend weiter: »Liegt es vielleicht nicht in den russischen Genen, eine parlamentarische Demokratie zum System zu wählen, in dem sie regiert werden wollen?« Dies sei eine wichtige Frage, die beantwortet werden müsse. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den weitsichtigen Umgang der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg mit Deutschland, wo sie »wie mit einer Dampfwalze über den europäischen Kleingeist hinweggegangen« seien. Übertragen auf die heutige Situation bedeute das den Versuch, die Zusammenarbeit, die für den Westen Europas damals so fruchtbar gewesen sei, »bis hin auf Russland zu erstrecken«. Ihn störe, dass der Westen so große Schwierigkeiten habe zu verstehen, dass derzeit in Russland ein unglaublich komplexer Prozess stattfindet. Sicherheitspolitisch gebe es für die Europäische Union, so von Ploetz, keine größere Herausforderung auf dem Kontinent als ein gutes vertrauensvolles Zusammenarbeitsverhältnis und eine Partnerschaft mit Russland. Es gebe viele Probleme für die EU, aber: »Russland, das ist die zentrale Frage der Stabilität, der Sicherheit, des Friedens auf diesem Kontinent. Nicht ohne Russland, nicht gegen Russland.« Eine gemeinsame Russlandpolitik der EU in diesem Sinne sei »das Beste, was wir leisten können, aber auch schwierig«.

Generalinspekteur: Einbindung Russlands eine europäische Aufgabe der ESVP

Die Gestaltung der Beziehungen zu Russland bleibe eine der wichtigsten Aufgaben europäischer Politik – mit dieser Feststellung leitete der Generalinspekteur der Bundeswehr, **General Wolfgang Schneiderhan**, seinen Vortrag über aktuelle sicherheitspolitische Fragen und die Lage der Bundeswehr ein. Es gehe dabei nicht nur um die Stabilisierung Russlands,

also um Unterstützung der inneren Reformen und des Demokratisierungsprozesses: »Wir wollen in Russland vielmehr einen Partner gewinnen, der seine europäische Verantwortung akzeptiert und damit ganz wesentlich zur Bewältigung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen beitragen kann. Vereinfacht ausgedrückt: Russland muss Akteur der internationalen Problemlösung sein und nicht Teil des Problems«, so Schneiderhan weiter. Auf die militärische Zusammenarbeit überleitend stellte er fest, dass eine Stärkung des Reformprozesses in den russischen Streitkräften die Voraussetzungen für die bi- und multilaterale militärische Zusammenarbeit sukzessive verbessern könnte. Derzeit jedoch stoße eine Zusammenarbeit auf russischer Seite (noch) deutlich an Grenzen, und weiter: »Dies liegt u.a. an den bestehenden finanziellen Einschränkungen, mangelndem politischen Willen und auch an den fehlenden militärischen Möglichkeiten zu weiterer und vor allem intensiverer Kooperation.« So hätten gegenseitige Besuche deutscher Fallschirmjäger und russischer Luftlandtruppen Ende 2004 und im Sommer 2005 deutlich die Grenzen der russischen Kooperationsfähigkeit aufgezeigt. Russische Einheiten seien oftmals »weder vorzeigbar noch kooperationsfähig, geschweige denn kompatibel für Übungsvorhaben oder gar Einsätze«. Die Planung und Umsetzung der gemeinsamen Jahresprogramme leide nach wie vor erheblich an den systemimmanenten Hürden innerhalb der russischen Militärbürokratie; vor allem unterhalb der hohen und höchsten Ebene liege bei der militärpolitischen und militärischen Zusammenarbeit noch vieles im Argen. Der russischen Seite mangle es spürbar an einer Kultur des offenen Meinungsaustauschs, gerade auch auf den niedrigeren Dienstgradebenen der Leutnante und Hauptleute. Insgesamt bleibe Russland ein schwieriger Partner, der unverändert vor allem in Einflusszonen denke und die Erweiterungspolitik der NATO weiter nicht akzeptiere. Moskaus Bedenken in dieser Hinsicht zu zerstreuen, könne sicherlich nicht Deutschlands alleinige Aufgabe sein. Vielmehr sei die Einbindung Russlands vor allem eine europäische Aufgabe auch im Rahmen der ESVP.

Zur Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa auf sicherheitspolitischem Gebiet werde sich Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft für den weiteren Ausbau der ESVP im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie einsetzen. Die Kunst bestehe dabei vor allem im Machbaren. Insbesondere sollen bereits laufende Projekte der ESVP weiter vorangetrieben und in ausgewählten Handlungsfeldern Akzente gesetzt werden. Ein Handlungsfeld seien die von der EU geführten Operationen, wobei die Stabilisierung des

westlichen Balkans im Mittelpunkt stehe. Das zweite Handlungsfeld sei es, die militärischen Fähigkeiten der EU zur Krisenvorbeugung und -bewältigung auszubauen. Vor allem die Fähigkeit zur schnellen Krisenreaktion sei eine wichtige planerische Vorgabe, sie müsse mit Vorrang weiter gefördert werden. Ein wichtiges Element zu diesem Zweck seien u.a. die seit Jahresbeginn voll einsatzbereiten »Battle Groups«, schnell verlegbare, europäische Gefechtsverbände für Einsätze in Krisengebieten. Mittel- und langfristig werde darüber hinaus angestrebt, die Grundlagen auch für eine stärker streitkräftegemeinsame schnelle Krisenreaktion zu schaffen. Dazu solle das »Battle Group«-Konzept zunächst um die maritime Dimension er-



General Wolfgang Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr, bei seinem Vortrag.

weitert und später auch auf die Luftstreitkräftekomponente ausgedehnt werden. Vor dem Hintergrund zunehmend globaler ESVP-Engagements rücke zudem der Ausbau der Planungs- und Führungsfähigkeit der EU in Brüssel in den Fokus. Mit Blick auf die strategische Partnerschaft mit der NATO werde die deutsche Ratspräsidentschaft auf Grund der unveränderten Blockadehaltung Frankreichs, der Türkei, Griechenlands und Zyperns allerdings maximal einen Beitrag dazu leisten können, die Zusammenarbeit der beiden Organisationen im selben Operationsgebiet praxisnah zu fördern.

Die Bundeswehr sei immer mehr zu einer Armee im Einsatz geworden. Die in den Einsätzen gewonnenen Erfahrungen führten zu Anpassungen bei Konzeptionen, Strukturen, Ausrüstung sowie Ausbildung und damit zur kontinuierlichen Verbesse-

rung der Einsatzfähigkeit. Der Generalinspekteur beleuchtete in diesem Zusammenhang die wichtigsten Einsätze: Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Afghanistan, hier vor allem die Erweiterung des Einsatzes um die deutsche Tornado-Aufklärungskomponente. Die Frage einer dauerhaften Entsendung deutscher Soldaten in Regionen außerhalb des Einsatzgebiets Nord-Afghanistan und Kabul stelle sich dadurch aber nicht. Um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr weiter zu verbessern, sei im Zuge der Transformation die Führungsorganisation neu geordnet worden. Alle Einsätze würden zentral geführt: Auslandseinsätze durch das Einsatzführungskommando der Bundeswehr (Potsdam) und Inlandseinsätze durch das Streitkräfteunterstützungskommando (Köln-Wahn). »Allerdings«, so der Generalinspekteur weiter, »bin ich noch nicht gänzlich mit unserer Führungsstruktur zufrieden. Explizit bewegt mich die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Einsatzführungskommando und den Führungskommandos der Teilstreitkräfte verbessert werden kann. Die Auflösung der Teilstreitkräfte ist dabei von mir, wie Sie wissen, ausdrücklich nicht beabsichtigt.«

Im Rahmen des Transformationsprozesses sei eine Fülle von Einzelmaßnahmen realisiert worden, von denen General Schneiderhan die folgenden hervorhob: Einsparungen und Synergieeffekte im Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr auf Grund gemeinsamer Lagezentren und Auswertung mit dem BND; Weiterentwicklung des Zentrums für Transformation zum zentralen Koordinierungs- und Steuerungsinstrument der Bundeswehr; Zentralisierung und verstärkt teilstreitkräfteübergreifende Organisation der Schullandschaft; streitkräftegemeinsames »Priorisierungssystem« für die Bundeswehrplanung; Vorgaben für eine gemeinsame Truppenausbildung sowie schließlich die Optimierung der Führungsorganisation der Spezialkräfte.

Die Erhaltung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands und der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr setze voraus, dass die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt würden. Und die seien knapp. Den 37. Finanzplan habe man bei seiner Aufstellung 2003 für »eine ernsthafte Grundlage« der Transformation der Bundeswehr gehalten. Aber die Finanzlinie sei mit dem 38. und der 39. Finanzplan wieder nach unten gegangen und habe so eine finanzplanerische Lücke im Haushalt 2007 verursacht. Als Folge davon müsse die Material- und Ausrüstungsplanung (erneut) gestreckt werden. Die Finanzlage befähige nun grundsätzlich nur noch dazu, »allenfalls Anfangsausstattungen in Kernfähigkeitskategorien zu realisieren«. Dies

auch deshalb, weil für die äußerst knapp angesetzten Betriebsausgaben künftig deutlich mehr Mittel aufgewendet werden müssten, denn die Betriebskosten seien »ausrationalisiert«; die Grenzen der Haushaltskonsolidierung seien erreicht. Positiv sei, dass im 40. Finanzplan eine jährliche Steigerung um 300 bis 400 Mio. Euro bis zum Jahr 2010 vorgesehen sei. Auf der anderen Seite müsse die erhöhte Mehrwertsteuer in dreistelligem Millionenbereich aufgefangen werden. Der Generalinspekteur appellierte an den Verteidigungsminister, alles zu tun, damit der Transformationskurs wie geplant fortgeführt werden könne. Eine erneute Kursänderung müsse der Bundeswehr »große Probleme machen«.

Aus den zahlreichen, sehr offen beantworteten Fragen an General Schneiderhan – von der Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit über seine Einschätzung des derzeitigen Raketenstreits mit Russland bis hin zu den jüngsten Feststellungen des Wehrbeauftragten zum Zustand der Kasernen in den alten Bundesländern – seien hier nur zwei hervorgehoben: Erstens: Der Politik stünden in diesem Jahr noch zwei schwere Mandatsentscheidungen ins Haus. Im September laufe das ISAF-Mandat, im November das OEF-Mandat aus, und nach dem Abstimmungsverhalten einer der beiden Regierungsparteien beim Tornado-Einsatz sei er »ein bisschen beunruhigt«. Vor allem bei OEF sehe er noch nicht, »dass wir einfach das Mandat verlängert kriegen«. Zweitens: Die Bundeswehr müsse noch konsequenter als bisher auf die Einsatzerfordernisse hin optimiert werden; da sei die Armee noch zu sehr in bürokratischem Denken in ATN verhaftet, vor allem bei der Ausbildung auf der Mannschaftsebene: »Wir haben uns mit unserer Ausbildungszielsetzung auch in die Nähe der Handlungsunfähigkeit ziselieren«. Man brauche dort mehr den »Allrounder« als den Spezialisten. Trotz aller freimütig aufgezeigten Probleme zog der Generalinspekteur eine positive Bilanz zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr: »Letztere ist nicht so schlecht, wie häufig behauptet.« n

Anmerkung: Teil II des Berichts über das Berliner Colloquium 2007 erscheint in der August-Ausgabe EUROPÄISCHE SICHERHEIT. Er befasst sich mit der Europäischen Union von ihren Anfängen bis heute und analysiert die mögliche weitere Entwicklung, Schwerpunkt bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.